

Hoffnung Parteitag

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. Richard Lienhard

Hoffnung Parteitag

Die Wirksamkeit einer evolutionären Dynamik hängt zunächst überhaupt davon ab, dass es politisch engagierte Menschen gibt, die sich mit dem Gegebenen nicht zufriedengeben und politische Phantasie entwickeln, und sie hängt dann davon ab, dass diese Phantasie realisierbare und humane Lösungen anvisiert.

Gerhard Szczesny

Am 2./3. Juni 1973 findet im Kongresshaus Biel ein ausserordentlicher Parteitag der SPS statt. Ursprünglich war vorgesehen, dass sich dieser Kongress mit dem Hauptthema «Reorganisation der Parteistruktur» befassen sollte. In der Kommission, welche mit der Vorbereitung dieses Geschäftes betraut wurde, konnte jedoch in den wesentlichen Punkten keine Übereinstimmung erzielt werden, was bei den divergierenden Auffassungen der zur Vernehmlassung eingeladenen Kantonalparteien auch nicht verwundern kann. So kam ein echt sozialdemokratischer Kompromiss zustande: Das Thema wurde von der Traktandenliste des Parteitages abgesetzt und die Behandlung auf einen späteren Parteitag verschoben.

Dieser Entscheid ist im Grunde genommen nicht zu beklagen. Der von der betreffenden Kommission ausgearbeitete Bericht müsste ohnehin vorerst an der Basis unserer Partei – das heisst in den Sektionen – gründlich diskutiert werden, bevor darüber an einem Parteitag Beschluss gefasst wird. Nur so wird verhindert, dass in wichtigen Fragen der Parteidemokratie Zufallsentscheide gefällt werden.

Strategie statt Statutenrevision

Im übrigen will mir scheinen, dass das Problem «Reform der Parteistruktur» und die damit verbundenen Statutenänderungen nicht an die Spitze einer Prioritätsordnung für sozialdemokratische Politik gehören. Nichts gegen Statutenänderungen; aber allzu häufig haben sie nicht nur in Vereinen und Verbänden, sondern auch in politischen Parteien gleichsam als Alibi zu dienen: weil in heiklen materiellen Fragen der Mut zum Entscheid fehlt, nimmt man zu formellen Fragen der Statutenrevision Zuflucht. Viel wichtiger wäre es für unsere Partei, sich ernsthaft mit Fragen der Strategie zu befassen. In letzter Zeit haben die Sozialdemokraten in einzelnen Kantonen und Gemeinden empfindliche Niederlagen erlitten.

Wichtige Wahlgänge stehen uns in Kantonen und Städten bevor. Wie lange lässt es sich noch vertreten, achselzuckend über negative Wahlergebnisse hinwegzuschreiten? Was nützen uns die perfektsten Statuten, wenn wir gleichzeitig immer mehr Mandatsverluste erleiden und so an politischem Einfluss einbüßen? Bei Wahlen werden ja nicht die Ideen über eine perfekte Parteiorganisation gewogen, sondern Stimmen gezählt. Wie wäre es, wenn sich die Kantonalparteien mit Unterstützung der SPS mehr mit Gedanken über Strategie befassen? Es kommt nicht von ungefähr, dass wir in unserem Blatt diesem Thema besonderen Platz einräumen; aber die wetterfesten Parteisekretäre haben bis heute davon kaum Notiz genommen. Wenn die Sozialdemokratie hierzulande in Zukunft wieder Wahlen gewinnen will, kommt sie nicht um die Notwendigkeit herum, immer wieder eine Politik des maximalen Konsens und eine Politik einer auf die Zukunft gezielten Konzeption gegeneinander abzuwägen. So befasste sich der letzte Parteitag der SPÖ in Villach vorwiegend mit Fragen der Strategie, die auch in der Literatur zu diesem Kongress einen hervorragenden Platz einnehmen. Wie wäre es, wenn auch in Biel etwas davon zu spüren wäre?

Unterentwickelte Strategie

Dem Parteitag in Biel soll eine Entschliessung unterbreitet werden: «Die Stellung der Frau in der Gesellschaft.» Hier gestatte ich mir einige Anmerkungen; denn nach einem berühmten Wort von Viktor Adler ist es das angestammteste Menschenrecht, ein persönliches Programm zu haben und zu einem Parteiprogramm auch noch Anmerkungen zu machen. Man kann nicht gegenüber dem Tun oder Nichttun des politischen Gegners kritisch sein, aber unkritisch bleiben gegenüber dem, was in der eigenen Partei geschieht. Parteilichkeit und Loyalität schliessen Kritik nicht aus, sondern bedingen sie geradezu.

Die Entschliessung zur «Stellung der Frau in der Gesellschaft» erfüllt in keiner Weise die Voraussetzungen, die man an die Resolution einer sozialdemokratischen Landespartei stellen darf und muss. Es gehört wohl zur grundsätzlichen Forderung sozialdemokratischer Strategie: Die Sozialdemokratische Partei muss der Gesellschaft mit Fortschritten in ihren Zielsetzungen vorangehen. Der Abstand sozialdemokratischer Zielsetzungen vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung darf nicht kleiner werden.

Die in Frage stehende Entschliessung enthält nun aber nichts, was nicht von Seiten der Sozialdemokratie längst gefordert wurde. Es gibt auch wohl kaum eine bürgerliche Partei, geschweige denn eine bürgerliche Frauenorganisation, welche im Prinzip den Postulaten dieser Entschliessung nicht zustimmen würde. In den bürgerlichen Parteien des Auslandes sind diese Postulate bereits in den Parteiprogrammen verankert. So las ich kürzlich das neueste Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs

(FPÖ, eine rechtsstehende Partei), welches weitgehend die Postulate der SP-Entschliessung 1973 enthält.¹

Fällt den Verfassern einer Resolution zum Thema «Befreiung der Frau» nichts Besseres ein? Wenn schon von Diskriminierung die Rede ist, so stellt sich doch gleich die Frage: Ist die Diskriminierung nicht gerade dort am grössten, wo die Frau immer wieder auf ihre biologische Funktion verwiesen wird? Balzac hat dem Mann geraten, die Frau als Sklavin zu behandeln und ihr gleichzeitig einzureden, dass sie eine Königin sei. Diese doppelte Moral ist auch heute nicht völlig überwunden. Vor allem ist die Frau noch keineswegs Königin über sich selbst und über ihren Leib; deshalb auch die Forderung: Abtreibung des Abtreibungsparagraphen sowie Freigabe der Pille, die der Frau die Furcht vor ungewollter Schwangerschaft zu nehmen vermag. Die Sozialdemokratische Partei, der aufgegeben ist, alle freiheitlichen und sozialen Tendenzen in der Gesellschaft aufzuspüren und zu fördern, muss immer wieder deutlich herausstellen: Der einzelne soll sein privates Leben nach persönlichem Gutdünken und in eigener Verantwortung gestalten dürfen. In jedem auf Toleranz und sittliche Freiheit bedachten Staat sollen Unsittlichkeit und Amoralität nur soweit rechtserheblich sein, als sie sozial schädlich sind. Warum also benützt die SPS nicht die Gelegenheit, für das Postulat der straffreien Schwangerschaftsunterbrechung etwa im Sinne der Fristenlösung einzutreten, nachdem es zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland der SPD/FDP zu verdanken ist, dass dort der Abtreibungsparagraph immer mehr in Frage gestellt wird und demnächst auch aufgehoben werden dürfte. Diese aktuelle Forderung wäre einer Parteitage-resolution würdig.

Offenbar konnte in jenem Kreise, in welchem der kritisierte Entschliessungsentwurf geboren wurde, mit Bezug auf solch «heisse Eisen» keine Einigung erzielt werden, weshalb auf unverbindliche und harmlose Formeln ausgewichen wurde.

Besonders deplaziert erscheint mir, dass im Entschliessungsentwurf auf den «Partnerschaftsgedanken» zurückgegriffen wird. Es ist nachgerade Mode geworden, gesellschaftliche Konflikte mit dem Schlagwort Partnerschaft zu übertünchen. Man denke nur an die von den Hauseigentümer-

¹ Sollte etwa behauptet werden, wenigstens die Forderung nach Vermehrung der Möglichkeiten für Teilzeitarbeit von Frauen sei originell, so verweise ich nur auf das Programm der CDU, wo ausdrücklich verlangt wird: «Für Frauen, die vorübergehend ganz oder teilweise aus dem Arbeitsleben ausscheiden, müssen die Übergänge erleichtert, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit geschaffen und die Rückkehr in das berufliche Leben ermöglicht werden.»

In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass selbst die rechtsstehende CSU die Gleichberechtigung der Frau auch in materieller Hinsicht auf ihre Fahne geschrieben hat. So fordert das CSU-Parteiprogramm ausdrücklich: «Für die Teilnahme der Frau am öffentlichen und beruflichen Leben sind Bedingungen zu schaffen, die ihren besonderen Lebensphasen Rechnung tragen und dem Grundsatz der Gleichberechtigung entsprechen.»

verbänden propagierte Idee der Partnerschaft mit den Mietern, womit versucht wird, soziale Konflikte aus dem Bewusstsein der Mieter zu verdrängen.

Unbestritten ist, dass das Institut der Ehe heute an die Ehepartner viel höhere Anforderungen stellt, als dies früher der Fall war. Als Scheidungsrichter darf ich mir auch hier ein Urteil gestatten. Viele äussere Stützen – die früher häufig Fesseln waren – sind gefallen (untrennbarer Besitz, grosse Kinderzahl, Sozialverdikt der Scheidung). Auch innere Stützen sind brüchig geworden. Der heutige Lebensstil bietet den Partnern (und nicht nur dem Mann) mannigfaltige Kontaktmöglichkeiten. Daraus ergeben sich Versuchungen, welche eine Überforderung der Frustrationstoleranz bedeuten. Die Kirche wird heute nicht mehr als letzte Autorität in Ehe- und sexualmoralischen Fragen anerkannt. So entsteht ein «Unbehagen in der Ehe» – ein Problem, das zu tief liegt, als dass es einfach mit einem Appell an den Partnerschaftsgedanken gelöst werden könnte. Ein solcher Appell mag gut gemeint sein, läuft aber auf nichts anderes hinaus als auf den Mahnruf des ehemaligen Stadtpräsidenten E. Landolt: «Sind lieb miteinander.» Echte Partnerschaft innerhalb der Ehe lässt sich nicht mit moralisierenden Parolen fördern, sondern ist das Ergebnis eines langjährigen Erziehungsprozesses, wie ihn der bekannte Sozialist Max Adler in seinem Werk «Neue Menschen» gefordert hat. Im übrigen darf doch einmal festgestellt werden: Für unzählige Menschen in allen Bevölkerungsschichten ist diese echte Partnerschaft eine Selbstverständlichkeit. Es muss den betreffenden Männern besonders wohl tun, von der SPS zu hören, dass sie sich endlich als Partner in der Ehe verstehen sollten . . . So ist denn auch der Entschliessungsentwurf nicht frei von Selbstgefälligkeit oder gar Überheblichkeit. In welchen Kreisen zeigte sich denn der grösste Widerstand gegen die politische Gleichberechtigung der Frau? Doch wohl am ehesten in den unserer Partei nahestehenden Arbeiterkreisen. Hier müsste mit der Erziehungsarbeit begonnen werden.

So bleibt zu hoffen, dass der Parteitag an diesem Entschliessungsantrag die nötigen Korrekturen anbringt.

Es geht um das Wohl konkreter Menschen

Es entzieht sich meiner Kenntnis, wer bei der Abfassung des genannten Resolutionsentwurfes federführend war. Damit entfällt wohl die so beliebte Retourkutsche: die hier geübte Kritik sei «persönlich bedingt». Wer den Text des Entwurfes unvoreingenommen prüft, kommt um die Feststellung nicht herum, dass der Aussagewert minim ist. Wir sollten uns gerade bei Resolutionen hüten, mit abstrakten Formulierungen (Partnerschaft, Chancengleichheit usw.) über die Köpfe des Parteivolkes hinwegzureden. Haben wir noch nicht genug von der abstrakten Sprache, welcher sich Vertreter progressiver Gruppen so gerne bedienen? *Willy Brandt* hat am Parteitag in Hannover Unzähligen aus dem Herzen gesprochen, als er

dem Wunsch Ausdruck gab, man möge in gewissen Parteikreisen statt soziologisch und politologisch wieder deutsch sprechen. Die Klage, dass zum Beispiel unsere Arbeiterschaft oft Mühe hat, die Sprache unserer Soziologen – oder Soziologinnen – zu verstehen, ist allgemein. Hier liegt – neben unserer Fremdarbeiterpolitik – einer der wesentlichen Gründe, weshalb sich ein Teil des werktätigen Volkes unserer Partei entfremdet hat. Der Ausgang der Volksabstimmung über das «Recht auf Bildung» spricht eine deutliche Sprache.

Anhand eines Beispiels soll dies verdeutlicht werden. Immer wieder wird in einer der SP nahestehenden Presse die Forderung nach Chancengleichheit erhoben. Dieser Begriff sagt dem einzelnen nichts, solange nicht dargelegt wird, wie diese Chancengleichheit in der Praxis zu verwirklichen ist. Die freie Wirtschaft verfügt über kein Instrumentarium, um die Chancengleichheit durchzusetzen. So müsste mindestens gesagt werden, welche kollektiven Mittel einzusetzen sind, um das Ideal der Chancengleichheit zu erreichen. Für Chancengleichheit zu plädieren, ohne Rücksicht darauf, wie die entsprechenden Resultate aussehen, ist zu wenig. Gleiche Startchancen genügen nicht, solange dazu nicht die gleichen materiellen und sozialen Sicherungen garantiert werden.

Mit der eigentlichen Befreiung der Frau hat es wenig zu tun, wenn erreicht wird, dass mehr Direktionsposten Frauen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch erhalten lediglich mehr Frauen Zugang zu Privilegien der bestehenden Wirtschaftsordnung. Die Forderung nach Gleichheit von Frau und Mann innerhalb unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ohne Antastung der ökonomischen Struktur dürfte vor allem der Emanzipation von Frauen aus privilegierten Schichten dienen. Darum findet der Ruf nach Chancengleichheit bei den unserer Partei nahestehenden Unterprivilegierten keinen Anklang.

Eine neue Bodenrechtsinitiative in Sicht

Geschäftsleitung und Vorstand der SPS waren gut beraten, dass sie die Reform des Bodenrechtes auf die Traktandenliste des Parteitages setzten. Ohne dieses hochpolitische Thema wäre der Kongress in Biel als blosser Steuerreformparteitag in die Geschichte der SPS eingegangen. Dies hätte unsere Delegierten wohl kaum ganz befriedigt; denn die Verhältnisse auf dem Bodenmarkt rufen dringend nach einer Reform. Die zunehmende Geldentwertung fördert die Flucht in die Sachwerte. Dabei nimmt der Boden einen hervorragenden Platz ein. Immer mehr entwickelt sich in unserem Lande ein eigentlicher Bodenfeudalismus. Besonders in den Städten ist das geltende Bodenrecht die Hauptquelle bedenklichster Fehlentwicklungen. Bei zunehmendem Flächenbedarf potenzieren sich die enormen Gewinne. So müssen die Städte für die Erfüllung ihrer Gemeinschaftsaufgaben immer höhere Bodenpreise entrichten und zu diesem Zweck einen immer grösseren Teil der Steuereinnahmen einsetzen.

In welcher Richtung soll nun diese Reform gehen? Die Meinungen darüber scheinen in den Reihen unserer Partei geteilt zu sein, wie die kürzliche sozialdemokratische Städtetagung gezeigt hat.

Zum vornherein verfehlt wäre es, das Heil der Bodenrechtsreform in einer Kommunalisierung des Bodens zu erblicken. Den Gemeinden fehlten ja die finanziellen Mittel, um den privaten Boden in das Gemeindeeigentum zu überführen; aber abgesehen davon, träte bei einer solchen Kommunalisierung des Bodens anstelle der Verfügungsfreiheit des einzelnen der «Übermut der Ämter», von deren Verfügungen wir Sozialdemokraten uns kaum viel versprechen dürften.

Die Lösung des Problems sehe ich in den Vorstellungen, wie sie *Hans-Jochen Vogel*, der frühere Oberbürgermeister der Stadt München und der jetzige Städtebauminister der Bundesregierung, in den letzten Jahren entwickelt hat. Darnach hätte die Reform des Bodenrechtes in zwei Etappen zu erfolgen. In einer ersten Etappe müsste das Bodeneigentum der Privilegien entkleidet werden, die heute die Geldanlage in Grundstücken und die Spekulation begünstigen. Dies könnte durch Versteuerung des Wertzuwachses und durch Abführung der Planungsgewinne an die Gemeinschaft geschehen. Im weiteren müsste die Gemeinde die Kompetenz erhalten, die erwünschte Nutzung festzulegen. In einer zweiten Etappe wäre das Bodeneigentum neu zu definieren, und zwar als befristetes Nutzungseigentum, das aber nur dem zuzuerkennen wäre, welcher der Gemeinschaft die günstigsten Bedingungen bieten würde (gedacht wird dabei natürlich auch an die günstigen Bedingungen für Mieter). Dem Nutzungseigentümer dürfte das volle Eigentum am Gebäude nur für dessen Lebensdauer zustehen. Die Gemeinschaft hätte dann auf die Nutzung der Grundstücke einen umfassenden Einfluss und auf dem Wege über das Nutzungsentgelt auch einen direkten und flexiblen Zugang zu den Bodenwertsteigerungen und der Bodenrente.

So lebt in unserer Partei die Hoffnung, dass der Kongress in Biel zu einem Markstein auf dem Wege zu einem neuen und sozialen Bodenrecht werde.

Das Ziel unserer Arbeit ist die Befreiung der Frau, nicht ihre Unterwerfung unter neue Zwänge. Wir sehen die Befreiung der Frau in einem notwendigen Zusammenhang mit der Befreiung des Menschen überhaupt. Tatsächlich finden wir auch in den sozialistischen Ländern nirgends eine vollständig befriedigende Lösung der Frage.

Aus einer Erklärung der österreichischen Frauenbefreiungsbewegung (abgedruckt in «Neues Forum», Wien).